



Zehntausende Menschen protestierten am Donnerstag in Lima. Sie fordern endlich Maßnahmen gegen den Klimawandel.

FOTO: REUTERS

Ringens um Klimaschutz

„Es geht zu langsam“, kritisieren Experten die Verhandlungen beim Gipfeltreffen in Lima.

LIMA. Es ist ein hartes Ringen um den Klimaschutz. Die Verhandlungen zwischen den 195 Staaten beim Klimagipfel in Lima kommen nur schleppend voran. Und kurz vor dem Ende für heute, Freitag, geplanten Ende glauben die Klimaschützer bereits daran, dass sie in die Verlängerung gehen werden. Wieder einmal.

Weniger gewiss bleibt, ob es noch zu einer Einigung auf einen Kriterien-Katalog kommen wird. Dieser soll CO₂-Mindestzusagen der Länder vergleichbar und transparent machen.

„Österreich und die EU drängen bei der 20. Weltklimakonferenz auf konkrete Vereinbarungen für einen neuen Welt-Klimavertrag“, berichtet SPÖ-Umweltsprecher Hannes Wening in einer Aussendung. Der Rohentwurf dafür soll Ende 2015, also bei der kommenden Konferenz in Paris, beschlossen werden. Das Ziel: die Begrenzung der Erderwärmung auf höchstens zwei Grad.

Kein leichter Konsens

Ziel der 195 am UN-Klimaprozess beteiligten Staaten ist es nun, einen fixen Fahrplan für den ab 2020 verbindlich geltenden Welt-Klimavertrag zu vereinbaren. Das wird allerdings nicht einfach. Die Ver-

handlungen zur sogenannten Lima-Vereinbarung gehen „zu langsam voran“, kritisiert Oxfam-Klimaexperte Jan Kowalzig. Dieser Text soll vorgeben, in welcher Form und mit welchen Kriterien die Länder bis Frühjahr 2015 ihre Klimaziele für das Paris-Protokoll vorlegen müssen. Er muss in Lima im Konsens verabschiedet werden.

„Die Gefahr ist, dass uns bei einigen Themen die Zeit davonläuft“, betont Kowalzig. In diesem Zusammenhang sei auch die Frage problematisch, wie die versprochenen 100 Milliarden Dollar pro Jahr ab 2020 an Klimahilfen für Entwicklungsländer zusammenkommen sollen. Österreich hatte erst gestern,

Mittwoch, einen Beitrag von 25 Millionen Dollar zugesagt.

Historische Verantwortung

Seit dem ersten Dezember werden in Lima Themen wie die Klimaschutzzusagen, Erderwärmung und CO₂-Minderung verhandelt. Die Entwicklungsländer sehen die Industrieländer in der Pflicht, vor allem Anpassungsmaßnahmen zu finanzieren. Die reichen Länder hätten in 150 Jahren Industrialisierung für die hohe CO₂-Konzentration gesorgt und seien in der Verantwortung. Die Industrieländer wiederum setzen ihren Schwerpunkt auf die Minderungsziele. Dabei wollen sie besonders Schwellenländer wie China ansprechen.

Anschlag auf französisches Kulturzentrum

KABUL. Bei einem Selbstmordanschlag auf ein französisches Kulturzentrum in der afghanischen Hauptstadt Kabul ist am Donnerstag ein Deutscher ums Leben gekommen, wie das afghanische Innenministerium mitteilte. 20 weitere Menschen wurden dabei verletzt, einige von ihnen schwer.

Der 15 oder 16 Jahre alte Täter zündete den Sprengsatz in der Aula einer Schule, die auch das französische Kulturzentrum für Aufführungen nutzt. Er hatte sich unter die Zuschauer einer Theateraufführung gemischt. Den Sprengstoff habe er in der Unterwäsche versteckt gehabt.

„Falsche Propaganda“

Zabihullah Mujahid, Sprecher der Taliban, die sich zu dem Anschlag bekennen, sagte laut Medienberichten, der Attentäter habe den Anschlag verübt, weil die Veranstaltung eine „Beleidigung islamischer Werte“ sei und „falsche Propaganda von jihadistischen Operationen, insbesondere von Selbstmordattentätern“ verbreite.

Frankreichs Staatspräsident François Hollande verurteilte den Anschlag als abscheulich und drückte die Solidarität Frankreichs mit den Opfern und ihren Familien aus. Erst am Donnerstagmorgen hatte sich nahe Kabul ein Selbstmordattentäter der Taliban in die Luft gesprengt und etliche Soldaten getötet.

Zwölf Reaktoren für Indien

Putin sucht in Neu Delhi Kompensationsmöglichkeiten für westliche Sanktionen.

NEU DELHI. In Zeiten der Ukraine-Krise und der jüngsten Konfrontation mit dem Westen sucht Russlands Präsident Wladimir Putin neue Freunde und Kunden. Nach Istanbul steht jetzt Neu Delhi auf seiner Liste. Um die zuletzt abgekühlte Partner-

schaft zu Indien fester zu schmieden, begab er sich am Donnerstag auf einen Kurzbesuch. In nur 24 Stunden haben die beiden Staaten ihre Wirtschaftsbeziehungen mit neuen Lieferabkommen für Energie und Atomtechnik wiederbelebt. Ein gestern unterzeichnetes Abkommen sieht etwa die Lieferung von zwölf russischen Kernreaktoren nach Indien binnen 20 Jahren vor.

Putin sucht derzeit den Schulterchluss vor allem mit asiatischen Ländern, weil es wegen der Ukraine-Krise vermehrt zu Spannungen mit dem Westen kommt. Neben den Sanktionen machen auch die gefallenen Ölpreise Russlands Wirtschaft zu schaffen. Neu Delhi wandte sich in der Vergangenheit zunehmend dem Westen zu. Im Jänner wird US-Präsident Barack Obama in Indien erwartet.

Oppositionsführer erhält Freigang

Partei des inhaftierten Politikers Janez Jansa liegt in Slowenien derzeit auf Platz eins.

LJUBLJANA. Janez Jansa sitzt als zweimaliger Regierungschef Sloweniens und langjähriger Oppositionsführer seit Juni eine zweijährige Gefängnisstrafe wegen Korruption ab. Dennoch bestritt er als Spitzenkandidat seiner konservativen SDS den Europawahlkampf aus der Haft und machte sie klar zur zweitstärksten Partei im Euroland. Seitdem erhält der Oppositionsführer regelmäßig Freigang. Die Gesetze sehen so einen Fall gar nicht vor.

Wenn der 56-Jährige darauf zu sprechen kommt, redet er sich schnell in Rage: Sein ganzer Prozess sei von den Linken im Land montiert worden, um ihn zum



Ex-Premier und aktueller Oppositionsführer Janez Jansa befindet sich derzeit in Haft, erhält für seine politische Arbeit aber Freigang. FOTO: AP

Schweigen zu bringen. Die „kommunistischen Old Boys“ kontrollierten alles und jeden im Staat – die Wirtschaft, die Staatsverwaltung und die Medien. Das sei auch der Grund, warum es mit der seit Jahren angekündigten Privatisierung des überdi-

mensionierten Staatssektors in der Wirtschaft nicht richtig weitergehe. Schließlich liege dort die Macht seiner Gegner.

Kuriose Folgen

Der kuriose Fall von Jansa hat noch kuriosere Folgen in der öffentlichen Meinung. 83

Gastkommentar

Arnulf Häfele



Tief drin in der Sackgasse

Das ist starker Tobak für die Eidgenossen. Und auch für die Freunde der direkten Demokratie in unserem Lande. In der Schweiz werden nicht mehr alle Volksabstimmungen richtig ernst genommen. Unsere Nachbarn sind kein einzig Volk von Brüdern und Schwestern mehr, wenn es um das höchste Gut – die Volksinitiativen – geht. Ein Teil der Eidgenossen will sich zur Europäischen Union hin öffnen, um den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung und die Forschung nicht zu verlieren, ein anderer Teil will sich aus Angst vor Überfremdung abschotten.

„

Unsere Nachbarn sind kein einzig Volk von Brüdern und Schwestern mehr, wenn es um das höchste Gut – die Volksinitiativen – geht.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit haben die Schweizer Stimmbürger am 9. Februar dieses Jahres die Zuwanderung auch von EU-Bürgern beschränkt. Seither heißt es im Artikel 121a der Bundesverfassung, die jährlichen Höchstzahlen für erwerbstätige Ausländer seien „unter Berücksichtigung eines Vorranges für Schweizerinnen und Schweizer auszurichten; die Grenzgängerinnen und Grenzgänger sind einzubeziehen“.

Erstaunlich war, dass selbst Leserbrief in Vorarlberg dieses

Ergebnis begrüßt haben, obwohl es zu einer Bedrohung für unsere Grenzgänger werden konnte. Dieser vom Volk geforderte Verfassungsartikel verstößt allerdings gegen die bilateralen Verträge der Schweiz mit der Europäischen Union. In Brüssel beißen die Eidgenossen mit der Umsetzung ihres Volksentscheides deshalb auf Granit. Sie müssen entweder ein anderes Ergebnis des Volkes herbeizaubern oder aber die EU-Verträge kündigen. Sie sitzen tief in der Sackgasse.

Es hat wie ein Hilferuf geklungen, als unsere Nachbarn vor 14 Tagen in einer weiteren Volksabstimmung die Initiative „Stopp der Überbevölkerung“ mit 74 Prozent abgelehnt haben. Die Forderung, die Zuwanderung in die Schweiz von tatsächlich 80.000 auf 16.000 Personen im Jahr zu senken, hätte das Aus für die Schweizer Wirtschaft bedeutet.

Aber nun dämmert es vielen Schweizern. Vor wenigen Tagen hat eine neue Gruppe die Initiative „Raus aus der Sackgasse!“ gebildet. Sie will das knappe Ergebnis vom 9. Februar wieder umdrehen und mit einer neuen Volksabstimmung den Artikel 121a aus der Bundesverfassung wieder entfernen. Die Gruppe muss 100.000 Unterschriften sammeln, damit es zur Volksabstimmung kommt. Ein Milliardär, ein Profi-Fußballer und der Clown Dimitri sind die Frontmänner dieser Bewegung.

Für die Anhänger der ungeschmälerten direkten Demokratie ist die Vorgangsweise natürlich ein Gräuelf. Weit ist es gekommen mit der direkten Demokratie in der Schweiz, heißt es. Muss sie nun schon von einem Clown gerettet werden?

arnulf.haeefe@vorarlbergernachrichten.at
Arnulf Häfele ist Historiker und Jurist. Er war langjähriges Mitglied des Vorarlberger Landtags.

Die VN geben Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äußern. Sie muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Waffenruhe missachtet

KIEW. Erstmals seit Beginn einer Waffenruhe am Dienstag sind im umkämpften Osten der Ukraine wieder Soldaten getötet worden. In den vergangenen 24 Stunden seien drei Militärangehörige gefallen und acht verletzt worden, sagte der ukrainische Armee-sprecher Andrej Lyssenko am Donnerstagmittag. Zuvor war die Feuerpause weitgehend respektiert worden.

Doppelanschlag in Zentralnigeria

JOS, ABUJA. Bei einem Doppelanschlag in Nigeria sind am Donnerstag mindestens 31 Menschen getötet worden. Die Taten ereigneten sich auf einem improvisierten Markt nahe der Busstation der Stadt Jos, wie die Behörden mitteilten. Die Zahl der Opfer könne noch weiter steigen.